

Bernd Stiller, Mitglied der Gemeindevertretung
Redebeitrag 18.12.25 TOP Billigungs- und Auslagebeschluss zur Beteiligung zum
Vorentwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Langewahl.
Teil 1 (zu Protokoll gegeben)

Liebe Bürgermeisterin, ich habe folgenden Brief erhalten

Brief von Werner Menzel, Einwohner von Langewahl im Ortsteil Streitberg

Sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,

ich bin heute bedauerlicherweise tatsächlich verhindert, deswegen habe ich Herrn Dr. Stiller gebeten, an meiner statt mein Rederecht wahrzunehmen und meinen Beitrag zur Änderung des Flächennutzungsplans vorzulesen.

Liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,

bevor Sie einen Entschluss fassen, bevor Ihr einen Entschluss fasst, für oder gegen das Industrieprojekt zu stimmen, bedenken Sie/bedenkt bitte, dass im Fall einer Ansiedlung eines, wie auch immer gearteten Industrieprojekts, in unserer unmittelbaren Umgebung nichts mehr sein wird, wie es war.

Ich rede nicht von der prognostizierten Veränderung des lokalen Klimas. Das haben andere bereits ausführlich dargelegt, und zwar, so denke ich, sehr glaubhaft.

Wer die Entwicklung des Abschnitts der Spree-Oder-Wasserstraße, kurz des Oder-Spree-Kanals, in den letzten 20 Jahren verfolgt hat wird festgestellt haben, dass aus einem einst kräftig fließenden mit ungefähr 4 km/h und mehr, ein nahezu stehendes Gewässer geworden ist, dass mehr und mehr verschilft und verkrautet, das kaum noch Badespaß bringt. Im Hochsommer gleicht der Fluss einem Golfplatz mit superkurzem Rasen.

Es ist allerdings Entengrütze.

Die noch vor (ich schätze mal) 20 Jahren alljährlich eintretenden herbstlichen Hochwasserlagen, die gefahrlosen Eisspaß garantierten, gibt es längst nicht mehr.

Als Schifffahrtsweg hat der Oder-Spree-Kanal an Bedeutung verloren, nicht nur wegen des Nadelöhrs Fürstenwalder Schleuse.

Wird dieses Gewässersystem wie auch immer industriell genutzt, kann sich jeder die Folgen für das Ökosystem Fluss ausmalen.

Es ist anzunehmen – und da ist es Wurst, ob sich ein Autobauer, ein Rüstungsbetrieb, ein Rechenzentrum oder sonst was ansiedelt – dass sich die

ohnehin angespannte Grundwassersituation in unserer unmittelbaren Umgebung deutlich verschlechtert. Wir Streitberger sind weder an die öffentliche Wasserversorgung noch an die Abwasserentsorgung angeschlossen. Es ist Fakt, dass der Grundwasserspiegel in Brandenburg sinkt. Wir in Streitberg sind dann davon direkt und unmittelbar betroffen.

Ob 200, 300 oder 400 ha Wald zur Disposition stehen, Fakt ist, dass jeder Hektar Wald, der der Industrie geopfert wird, einer zu viel ist. Wir können die „Ersatzpflanzungen“ ja neben der Deponie sehen, Richtung Beeskow, linke Seite: Kiefern und Birken! Gerade Birken, hier im vertrocknenden Brandenburg, Bäume, die zu den Arten gehören, die ordentlich Wasser trinken und verdunsten!

Berlin will in den nächsten Jahren rund 560.000 Bäume pflanzen.
Kostet rund 3 Milliarden Euro. Bis jetzt...
Bei uns soll gerodet werden...
Das muss mir mal einer erklären.

In der Lausitz, einem Gebiet mit schwacher Industriestruktur dank Kohleförderungsrückgang werden tausende Hektar (die Zahlen schwanken, je nachdem, wen man fragt) für teuer Geld renaturiert, was keinen einzigen nachhaltigen Arbeitsplatz schafft, oder in Vergnügungslandschaften verwandelt. Das ist auch noch Brandenburg!

Das Wasser, welches in neue Großgewässer fließt, wird der Spree entzogen. Die neuen Wasserflächen, die dort entstehen, verdunsten mehr Wasser, als uns lieb ist.

Es wäre also nicht so, dass wir in Oder-Spree nichts davon hätten, wenn sich Industrie in der Lausitz ansiedeln würde statt bei uns.

„Langewahl ist eine sehr vorsichtig wirtschaftende Gemeinde (schuldenfrei!!)“ So steht es auf der Internetseite der Gemeinde.

Und weiter steht da:

„Kennzeichen der Gemeinde:
mehr als 850 Einwohner in idealer Lage
zwischen Paris und Moskau, zwischen Berlin und Frankfurt (Oder),
zwischen Fürstenwalde und Bad Saarow (Karte)
am Wald und an den Dubrower Bergen, Ortsteil Streitberg am Ufer der Spree,
in 7 Minuten am Scharmützelsee, in 4 Minuten an der BAB 12 ...“

Man wird sonst hinzufügen müssen: „am Wald und an den Dubrower Bergen,

4,5 km bis zum Ortsteil Streitberg am Ufer der Spree und weniger als 1 km
bis zum angrenzenden Industriegebiet.“

„Langewahl ist eine sehr vorsichtig wirtschaftende Gemeinde (schuldenfrei!!)“

Also, für uns und vor allem für unsere Kinder sollten wir das Wenige, was unsere unmittelbare Umgebung so wertvoll und liebenswert macht, nicht ohne Not unwiederbringlich verkloppen.

Liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,

wenn jemand vor Ihnen/von Euch den Ehrgeiz hat, Geschichte zu schreiben, der sollte auch bedenken, dass lange nicht jeder, der in die Geschichtsbücher kam dabei auch gut weggekommen ist... 😊

Werner Menzel, Streitberg

Bernd Stiller, Mitglied der Gemeindevertretung
Redebeitrag 18.12.25 TOP Billigungs- und Auslagebeschluss zur Beteiligung zum Vorentwurf der 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Langewahl.
Teil 2 (zu Protokoll gegeben)

Liebe Bürgermeisterin,
liebe Gemeindevertreterinnen und -vertreter,

zu diesem TOP bzw. dem zu beschließenden Vorhaben ist eine rege Diskussion in unserem Ort aber besonders im Umfeld von Bad Saarow bis Berlin entstanden. Das ist bei einer Projekt-Idee, wo es schon mit den Grobkosten, denen ja eine Unsicherheit von 40% nachgesagt wird, in die 142 Millionen € geht, nicht ungewöhnlich und die Frage, ob es eine machbare (Gleisanschluss geht ja z. B. nicht) oder gute Idee (z. B. wegen Waldrodung) ist, ist ja noch nicht klar geworden.

Da gab es einerseits Stellungnahmen über „fliegende Flüsse“, die durch Waldrodung im Betrachtungsgebiet gefährdet werden, wobei nach meiner Kenntnis das eher ein Phänomen des Amazon-Regenwaldes, der Anden und des warmen Atlantikwassers ist und zwischen Autobahn und Spree wohl nicht auftritt. Es gibt da einige weitere Punkte, die Papiere einer „BI Walderhalt“ vortragen, denen ich aufgrund meines Berufes und Ausbildung nicht zustimmen kann.

Auch der Brief von Werner Menzel listet viele Nachteile und Ängste auf, wo ich sage, das wollen wir ja auch nicht, jedenfalls ich will es nicht, dass es so kommt.

Dazu von mir zwei Hauptgründe, warum ich die Weiterbehandlung des Themas nicht ablehne,

erstens, es soll ein "**Vorentwurf** der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Langewahl im Verfahren gemäß §§ 1; 2; 3; 4 BauGB" und die damit einhergehende "**Offenlage sowie Träger- und Behördenbeteiligung**" beschlossen werden.

Ich möchte hier wirklich eine ernsthaftere Abwägung der zahlreichen Bedenken und Unklarheiten. Und eine Beteiligung von uns und der Bürgerinnen und Bürger in diesem Verfahren.

Ich erinnere an den Verlauf der Diskussion im Januar, als wir den Einleitungsbeschluss zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Lange gefasst haben (mit einer Enthaltung).

Ich zitiere aus der Niederschrift: „Frau Kleinschmidt erläutert die Beschlussvorklage anhand der vorliegenden Sachdarstellung. Diese bezieht sich auf das angedachte Gewerbegebiet in Autobahnnähe. Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, sollen Fördermittel akquiriert werden. Mit dem Beschluss soll aus der umliegenden Fläche Bbauungsland geschaffen werden. Dazu müssten die umliegenden, zahlreichen Grundstücke umgewidmet werden.

Herr Dr. Stiller ist etwas unzufrieden mit der teilweise widersprüchlichen Beschlussvorlage, aus der bspw. keine konkrete Kostenangabe hervorging. Frau Kleinschmidt erklärt, es gibt zwar einen gewissen Teil an Förderung, sollten dennoch die Kosten überhand nehmen, könnte die Gemeinde es jederzeit lassen. Man habe Wert darauf gelegt, nur „ruhiges Gewerbe" - welches keine Belastung für den Ort bietet - zuzulassen.

Bestehende Fragen konnten beantwortet werden. Die Gemeindevertreter kommen zur Abstimmung“

Hinsichtlich der Kosten ist die Lage ja nicht besser, das Amt schreibt lediglich „Kosten trägt die Gemeinde“ auf den heutigen Beschlussvorschlag, das kann alles bedeuten, bezieht sich aber jetzt nur auf das Auslage- und Beteiligungsverfahren, einschließlich des notwendigen Abwägungsprozesses.

Im Moment wird aber kaum über die Gesamtkosten und Geldströme, die auf uns bzw. das Amt zukommen, gesprochen.

In einer der zahlreichen Unterlagen stand einmal:

„Eigenanteil der projektragenden Gebietskörperschaft(en) plus Grunderwerbskosten“ 98 Mill. €

Selbst mit Hoffnungen auf gute Förderung (44 Mill. €) und erfolgreiche Grundstücksvermarktung (96 Mill. €) lautete am Ende das „Ergebnis der Entwicklung mit Förderung“ minus 1,5 Millionen €.

Das sind doch Zahlen, die können wir nicht stemmen, bei rund einer Millionen Restschuld im Wohnungsbaukredit und auch das Amt hat teuren Schulbau zu bewältigen. Und der Umgang mit den Millionen benötigt doch auch Personal im Amt. Ist das alles bedacht?

Jetzt ein eher positiver Grund für mich, eine Offenlegungsphase durchzuführen:

Ich möchte, dass der Hinweis auf Nachhaltigkeit Leitbild bleibt und nicht nur vage Idee ist. Also nur, wenn diese Idee auch das ist, was sich in 5, 6 oder 7 Jahren dort befindet, ein Beispiel für ein zukunftsfähiges Gewerbegebiet ist, eine Art Modellfall, dann sollten wir da dem Land helfen bei der Entwicklung. Sonst nicht.

Was steht in der Machbarkeitsstudie?

„Das Thema Nachhaltigkeit ist aktuell und komplex und wird in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig ist die Wirtschaft auf die Entwicklung moderner, attraktiver und bedarfsgerechter Flächen angewiesen. Lange Zeit wurden Nachhaltigkeit und die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen nicht zusammen gedacht. Dabei schließen sich diese beiden Aspekte keineswegs aus. Im Gegenteil: Die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Entwicklung von Gewerbegebieten stärkt den Wirtschaftsstandort, erhöht seine Attraktivität für Fachkräfte und schafft Resilienz gegenüber zukünftigen umweltbedingten und gesellschaftlichen Herausforderungen.

Gewerbeflächen, die sowohl ökologisch nachhaltig als auch klimatisch widerstandsfähig gestaltet sind, werden immer wichtiger und setzen zunehmend den Standard für moderne Gewerbegebiete. Bis 2050 will die Europäische Union klimaneutral werden, denn die Folgen des Klimawandels werden auch in Europa zunehmend spürbar. Für Kommunen und Unternehmen bieten nachhaltige Gewerbegebiete die Möglichkeit ihren Beitrag zu den Klimazielen zu leisten. Eine Entwicklung solcher Gebiete ist dabei nicht isoliert zu betrachten, sondern muss auch in einen gesamtstädtischen Kontext eingebunden werden — die Entwicklung von Gewerbegebieten birgt dabei erhebliches Potenzial für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ (Seite 102).

Nur nebenbei, in der heute vorliegenden 33-seitigen Begründung steht: „... wurden in einer **Machbarkeitsstudie** die Restriktionen und die Anforderungen an den Standort näher überprüft und mögliche Entwicklungsszenarien diskutiert. **Die Studie bildet inhaltlich die Grundlage für das vorliegende FNP-Änderungsverfahren**“ (Seite 11). Dann möge die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Entwicklung des Gewerbegebietes erfolgen und am besten nicht nur Nachhaltigkeitsaspekte, sondern Nachhaltigkeit in allen Gebieten, von der Produktionsidee über Klima, Waldumbau, verkehrliche Erschließung. Und wenn die Machbarkeitsstudie so grundlegend ist, sollte sie auch breiter zugänglich sein.

Wenn das Land so ein Interesse an der Entwicklung dieser Fläche hat, sollte vielleicht einmal auch mit uns gesprochen werden, wie unser Wunsch nach einer kostenneutralen, wasserverbraucharmen, nachhaltigen, lichtarmen, insgesamt emissions- und störfallarmen Gewerbe- oder ggf. Industrieentwicklung rechtssicher in Bebauungsplänen abgesichert werden kann. Das würde weitere Zustimmung im Planverfahren erleichtern.

Im Übrigen sagt ja auch der Partner Stadt Fürstenwalde/Spree: „Die Stadt Fürstenwalde/Spree betont im Rahmen des Vorhabens ein nachhaltiges Gewerbe- und Industriegebiet entwickeln zu wollen und strebt eine Zertifizierung der DGNB an“

Nachhaltigkeitszertifizierung DGNB

Und ja, wir sollen planungsrechtlich alles vorbereiten, dann sollte die Gemeinde auch mitreden dürfen, wenn das Land mit einem Interessenten ankommt. Nicht vergessen!

Aus den vielen Papieren, Flugblättern, Stellungnahmen, Diskussionsrunden möchte ich nur ein paar Stichpunkte nennen, die m. E. wirklich einer ernsthaften Abwägung bedürfen:

- Wäre der alte Flugplatz (PV-Nutzung endet in den nächsten Jahren) nicht ein besserer GIV?
- Was nützt ein GIV ohne Bahnanbindung?
- Kann es gelingen, die klimatische Wasserbilanz der gesamten Planungsfläche auch nach Gewerbe-/Industrienutzung positiver zu gestalten? (weniger Verluste)
- Wie wird der abgetragene Waldboden weitergenutzt? Ähnlich Bergrecht?
- Wer trägt die Kosten einer zusätzlichen Straßenverkehrsinfrastruktur (die vorhandene Straßenverkehrsinfrastruktur ist ja zum jetzigen Stand für das Vorhaben nicht ausreichend)
- Wird es eine UVP im Bebauungsplanverfahren geben?
- Wird es einen Grünordnungsplan auf B-Plan-Ebene geben?
- Wird eine Nachhaltigkeitszertifizierung der DGNB angestrebt?
- Fläche ist in Waldumwandlung einzubeziehen, da sie voraussichtlich eingezäunt wird Flurstück-neuordnung hier notwendig Keine Zustimmung des Forstamtes die Fläche in dieser Form als Waldfläche zu erhalten Frage: Ab welcher Breite könnte die Fläche als Wald erhalten bleiben?
- Wann und wie wird geklärt, ob der Streifen am Autobahnrand als Waldstreifen (dann breiter als jetzt in der 2. Änderung skizziert) oder als unbebauter Teil des GIV mit Hecken, Sträuchern und windbeständigen Baumarten bepflanzt wird?
- Wie erfolgreich waren bisher die Ersatzpflanzungen im Zusammenhang mit TESLA? Gibt es da nachweislich positive Beispiele?

- Gibt es „belastbare“ Ergebnisse/Untersuchungen/Modellierungen für die bioklimatische Entlastungswirkung der GIV-Fläche (im jetzigen Zustand) für belastete Wohnbebauungen?

Zwar haben wir keine Redezeitbegrenzung, ich möchte den Abend nicht in die Länge ziehen und gebe das zu Protokoll und **beantrage nach §13 h unserer Geschäftsordnung mein Abstimmungsverhalten in der Niederschrift festzuhalten.**

B. Stiller